

# **SPD-Fraktion im Bezirksausschuss 25 Laim**

## **Antrag**

Der BA 25 möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sich bei der Bayerischen Staatsregierung für eine soziale Absicherung der Mieterinnen und Mieter der GBW Wohnungen einzusetzen.

## **Begründung**

Durch die aufgrund von Fehlinvestitionen entstandenen Milliardenverluste der Bayerischen Landesbank ist diese gezwungen, sich auf ihr Kerngeschäft als Bank zu beschränken. Daher wird sie die zu ihrem Konzern gehörende GBW-AG, in deren Eigentum sich München-weit 10.000 Wohnungen befinden, verkaufen. Auch Laimer Mieterinnen und Mieter werden von einem Verkauf der GBW-AG betroffen sein, denn immerhin 150 Wohnungen der GBW befinden sich in Laim.

Die von der GBW-AG geschaffenen Wohnungen dienen primär der Versorgung von Staatsbediensteten und Mietern mit geringem oder mittlerem Einkommen mit bezahlbarem Wohnraum. An dem Erfordernis, in München erschwingliche Wohnungen zu schaffen bzw. zu erhalten, hat sich nichts geändert. Daher ist es zwingend erforderlich, bei der Vermarktung der GBW-Wohnungen nicht den damit zu erzielenden maximalen Gewinn in den Vordergrund zu stellen, sondern den Schutz der Mieterinnen und Mieter. Dem kann nur dadurch Rechnung getragen werden, dass an Investoren verkauft wird, die am Erhalt des Mietwohnungsbestandes in seiner bisherigen Form und Bewirtschaftungsart interessiert sind. Der Ministerpräsident wird aufgefordert, an seiner im Dezember 2009 getätigten Aussage, der Verkauf der GBW werde für die Mieterinnen und Mieter sozialverträglich gestaltet, festzuhalten.

München, 11. 03. 2010

SPD-Fraktion im BA 25 Laim  
Dr. Martha Mertens

Initiative: Katja Weitzel